

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-  Anzeiger

Preis je ein Blatt abzüglich Bezugspreis: Bei Abholung in der Frankenberger Postfiliale 82.-50 Pf. Bei Rückporto durch Briefporto 24.-50 Pf. nach den Bahnhöfen, ebenso einen Ortskern beider Postorte 25.-50 Pf. frei ins Land. Stadtsteuer 1.50 Pf. Nachporto 2.-50 Pf. — Bezahlungen werden von den Posten und Postbeamten in Stadt und Land, sowie von allen Poststellen ausgezogen. Postleitzahl: 8200. Gemeindebezeichnung: Frankenbergs. Bezeichnung: 21. Telegramm: Tagblatt Frankenbergs.

Bezugspreis: Die 25. am Ende einzelne Beiläge &c. In einzelnen Teile Nr. 147 zum Ende Seite 18 Pf. Zugabe und Rückporto im Postortstele 26. zum Ende Seite 12 Pf. Nicht bezogen zu der Aufgabe zu bezahlen. Der Bezug und Versandung 2 Pf. Sonderstempel. Für kleinere Beispiele z. bei Postamtlichen Auftrag. Bei größeren Beispielen nach der Wiederholungskosten Entlastung nach bestehender Stafel.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Höchstädt, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenbergs und der Gemeinde Niederwiesa. Rotationsdruck und Verlag: C. G. Nohberg (Inhaber Ernst Nohberg jun.) in Frankenbergs. — Verantwortlich für die Redaktion: J. W. Otto Häusler, 3. Et. in Frankenbergs.

Nr. 172

Mittwoch den 26. Juli 1922 nachmittags

81. Jahrgang

Das Konkursverfahren gegen den Bäcker Fritz Schubert, Frankenbergs i. Sa., Löperstrasse 9, wird eingestellt mangels Vorhandenseins einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Höhe (s. 204 Ront.-D.). Amtsgericht Frankenbergs, den 21. Juli 1922.

Gaspreis-Erhöhung Infolge erneuter bedeutender Kohlenpreisseigerung und Erhöhung der Frachten und Anfuhrkosten wird der Gaspreis ab 21. Juli da, so auf 8,80 Mark für den Kubikmeter festgesetzt. Frankenbergs, am 25. Juli 1922.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste vom Tage

Die republikanische Partei in den Vereinigten Staaten ist mit der Schulabschaffung noch nicht zufrieden, obwohl die Zölle höher sind wie irgendwo in der Welt. Sie fordern weitere Zollerhöhungen zum Schutze gegen die deutschnationalen Qualitäten im Preise weit hinter den amerikanischen zurückzuholen. Zum Beweise beabsichtigen sie, eine Ausstellung solcher Währung mit Preisnachlass zu veranlassen. Besser als die Erhöhung der Zölle wäre eine Lösung der Reparationsfrage, die die deutsche Währung verbessert.

Zurzeit finden nicht allmähliche Verhandlungen über eine Selbständigkeitserklärung Tirols und Vorarlbergs statt.

Zum Geländer der Sowjetrepublik in Berlin ist der 80jährige Kreisfunk ernannt worden. Kreisfunk war Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, Johann Schreiter der Parteileitung und Vorsitzender der Finanzen.

Nach einer Mitteilung des englischen Schatzamtes im Unterhaus hat Deutschland an England fast 1 Milliarde, genau 855.682.000 Goldmark bezahlt. Davon hat aber England nichts gehabt, da die Summe gerade den Kosten entspricht, die die Besetzung des Rheinlandes erfordert. Vielleicht überzeugt dieser Widerstand die Engländer, dass sie endgültig für Aufhebung der Isolationspolitik und Freiheit Mahnregel eintreten.

Die bayerische Politik

Die bayerische Regierung hat die angekündigte eigene Verordnung erlassen, welche das Reichsgesetz zum Schutz der Republik teils aufhebt, teils sabotiert.

So wenig wie das Reichskabinett, das sich in diesen Tagen dauernd mit dieser Krise beschäftigt, ist — die gesamte Berliner Presse sämtlicher Parteien — mit Ausnahme der Deutschnationalen auch nur einen Augenblick im Zweifel, dass die Verordnung der bayerischen Regierung rechtmäßig ist und zum Widerspruch mit der Reichsverfassung steht. In der Tat mutet diese Verordnung geradezu grotesk an. Sie ist erlassen, weil angeblich das Reichsgesetz die Grundrechte der Staatsbürger und die Grundsätze der Demokratie verletzt, übernimmt aber aus dem Reichsgesetz alle seine materiellen Bestimmungen. Außerdem trennt sie Bayern in zwei Teile: in das rechtsrheinische, in dem die bayrische Polizeiordnung, in das linke Rheinland, in dem das Reichsgesetz gelten soll. Das ist doch höchstens möglich! Immer wieder fliegt es, wenn auch im rechtsrheinischen Bayern, dass die Reihenrufe auf heftigen Widerstand, wie das Telegramm der 21. nordbayerischen Bürgermeister an den Grafen Verchensfeld beweist. Letzteres ist es so, dass Nordbayern gegen München und Südbayern steht. Der Konflikt trägt seine Wellen auch schon in die Reihen der politischen Parteien hinunter: die Deutsche Volkspartei in Bayern steht gegen die Rechtspartei. Die Demokraten — das beweist der Rücktritt des Ministers Hamm — und die Sozialdemokraten treten offen für die Rechte des Reiches ein.

Wenn in diesem unterdrückten Konflikt nicht eine vorläufige Lösung gefunden wird, dann bleibt der Weizen des Herrn Poincaré. Und das deutsche Volk kann sich wieder einmal bedenken bei seinen Führern.

Nicht Geld, sondern Leben!

Die Geldberichtigungen über die Verträge, die Deutschland an die Entente leisten soll, füllen jetzt wieder alle Zeitungsspalten und beschäftigen in zahllosen Sitzungen die Kommissionen in Paris und in Berlin. Nunmehr wieder fliegt es, wenn auch zwischen mit ihrer Unterbrechungen, von der Seite her: Deutschland kann alles zahlen, was verlangt wird. Ja, handelt es sich denn bloß darum, Geld herzugeben? Die Art und Weise, in der die gewaltigen Summen entrichtet werden sollen, gerütteln das deutsche Leben, ziehen ihm das Blut aus den Adern. Die Unzufriedenheit der Zukunft schafft einen Zustand, der die Nation kaputt macht.

In Paris will man nicht davon wissen, dass die Kriegsverluste in Nordfrankreich nicht allein von den deutschen Geschossen herrühren, sondern zum großen Teil von den französischen und anderen Bedingungen verursacht wurden. Überhaupt

Die Gegensätze zwischen der bayerischen und der Reichsregierung

Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich ist nunmehr in voller Schärfe zum Ausbruch gegangen, nachdem die bayerische Regierung die angekündigte Verordnung erlassen hat, durch die sie das Schutzgesetz des Reiches unter Abänderung einzelner Bestimmungen in eine bayerische Polizeiverordnung umgewandelt hat. Auch in Bayern selbst, sowie innerhalb einzelner Parteien scheint es wegen dieser Frage zu schweren Krisen kommen zu folgen.

Die Mittellung an die Reichsregierung

In später Abendstunde erschien der bayerische Gesandte v. Breger beim Reichskanzler, um ihm offiziell die Mittellung zu machen, dass die bayerische Regierung beabsichtige, in einer besondern Verordnung auf Grund des § 48 der Reichsverfassung den materiellen Inhalt des Schutzgesetzes zu übernehmen, aber die Durchführung den bayerischen Behörden und den bayerischen Volksgerichten zu übertragen. Die Verordnung solle sich nur auf das rechtsrheinische Bayern erstrecken, nicht auf die Pfalz. Über die Stellung der bayerischen Regierung zum Reichskriminalgesetz wurde eine Erklärung noch nicht abgegeben.

Die Verordnung des bayerischen Regierung

wird durch folgende Ausführungen eingeleitet:

Der deutsche Reichstag hat am 18. Juli ein Gesetz zum Schutz der Republik erlassen. Darin

ist zur Abschaffung gewisser politischer Straftaten ein Gesetz eingelegt worden, das im ganzen weder mit Verübungsbürokrat, noch mit Schüssen oder Geschworenen, sondern zum größten Teil mit Personen belegt ist, für deren Auswahl politische Gesichtspunkte in Frage kommen. Das bayerische Volk erblickt darin in seiner überwiegenden Mehrheit eine Verleugnung der Grundrechte der Staatsbürger, sowie der Grundsätze echter Demokratie, wie auch ein Verlassen der Grundlagen der Weimarer Verfassung. Der Inhalt des Gesetzes und die Art seines Zusammensetzens entgegen dem wohlgegrundeten Anspruch widerlegt. Wenn nicht noch im letzten Augenblick in den führenden politischen Kreisen Bayerns Verfassungstreue siegt, so werde man vor der Notwendigkeit stehen, gegen Bayern die aus einem solchen Verhalten sich ergebenden verfassungsmäßigen Konsequenzen zu ziehen. Die Reichsverfassung bietet dem Reichspräsidenten die Handhabe mit der bewaffneten Macht und durch einen Reichskommissar die Durchführung der Gesetze herbeizuführen und auch jedes bayerische Sondergesetz, das gegen die Reichsverfassung verstößt, außer Kraft zu setzen. Die bayerische Regierung müsste unter Umständen damit rechnen, dass sofort eine Gegenaktion der Arbeiter im Reiche einzht, die vermutlich auch mit der Auflösung der bayerischen Widerstand beantwortet würde.

Die Mittel des Reichspräsidenten

Gegenaktion der Arbeiter?

Berlin, 26. 7. Wie das „Acht-Uhr-Abendblatt“ erscheint, beurteilt man in parlamentarischen Kreisen den Konflikt zwischen Bayern und dem Reich als sehr ernst. Es muss festgestellt werden, dass die Spannung zwischen München und Berlin noch niemals einen derartigen Grad erreicht hatte. Auf keinen Fall werde die Reichsregierung dulden dürfen, dass sich ein einzelner Staat der Durchführung eines auf verfassungsmäßigen Wege zustandegekommenen Reichsgesetzes widersetzt. Wenn nicht noch im letzten Augenblick in den führenden politischen Kreisen Bayerns Verfassungstreue siegt, so werde man vor der Notwendigkeit stehen, gegen Bayern die aus einem solchen Verhalten sich ergebenden verfassungsmäßigen Konsequenzen zu ziehen. Die Reichsverfassung bietet dem Reichspräsidenten die Handhabe mit der bewaffneten Macht und durch einen Reichskommissar die Durchführung der Gesetze herbeizuführen und auch jedes bayerische Sondergesetz, das gegen die Reichsverfassung verstößt, außer Kraft zu setzen. Die bayerische Regierung müsste unter Umständen damit rechnen, dass sofort eine Gegenaktion der Arbeiter im Reiche einzht, die vermutlich auch mit der Auflösung der bayerischen Widerstand beantwortet würde.

Die bayerische Presse zur Reichskrise

München, 26. 7. Zur politischen Lage schreibt der „Bayerische Kurier“, der Entsatz der Bayerischen Volkspartei (agrarischer Reichsfügel)

(katholischer Richtung) und ihrer Vertreter in der Regierung steht absolut fest, sodass es sich für die anderen Parteien nur darum handeln kann, ob sie sich als Weggenossen der bayerischen Volkspartei anschließen wollen oder nicht. Auch die „Münchner Rtg.“ stellt fest, dass die Bayerische Volkspartei bei ihrem Unannehmbar mit allen parlamentarischen und gesetzlichen Mitteln verharrt und dass der Ministeriat diesem Unannehmbar zugestimmt hat. Weiter schreibt das Blatt: Die Lage ist weiter ziellos dadurch geworden, dass sich die Deutsche Volkspartei (Deutsch-nationale und Volkspartei) in ihrer Vorstandssitzung in einer Einigung auf die Seite der Bayerischen Volkspartei und der Regierung geschlagen hat. Es stehen also zurzeit die Dinge so, dass die bayerische Regierung, die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei ein stilles Unannehmbar ausgetragen haben.

Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft in Bayern

München, 26. 7. Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten im bayerischen Landtag hat die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft im Reich als einen Akt politischer Notwendigkeit gebilligt und gleiche Schritte in den Ländern gefordert. Der Centralvorstand der mehrheitssocialdemokratischen Partei in Bayern trat am Montag zu einer Sitzung in München zusammen, um zu der Haltung der bayerischen Staatsregierung Stellung zu nehmen. Die Fraktionen der beiden sozialdemokratischen Parteien versammelten sich zu einer gemeinsamen Sitzung. Beschlüsse wurden noch nicht gefasst. Aus den gemeinsamen Besprechungen dürfte jedoch ein gemeinsames Vorgehen der beiden Parteien zu erwarten sein. Man kommt zu dem Entschluss, in Ruhe den weiteren Verlauf der Dinge abzuwarten. An den Beratungen der beiden Parteien nahmen auch die Reichstagsabgeordneten Müller (Hermann) und Adolf Brauns teil.

Der bayerische Regierungsbund gegen die Reichsregierung

München, 26. 7. Der bayerische Regierungsbund richtet an seine Anhänger einen Aufruf mit der Aufforderung, die bayerische Regierung, solange sie in ihrem Widerstand gegen Berlin fest bleibt, in dem ihr angekündigten Kampf zu unterstützen, komme, wo da kommen wolle.

Drohende Auflösung des bayerischen Landtags?

München, 26. 7. Die „Münchner Zeitung“ schreibt heute zur Lage: Fest steht, dass der Ministeriat dem Unannehmbar der bayerischen Volkspartei zugestimmt hat. Die Demokraten werden wohl aus der Regierungskoalition ausscheiden. Bis zu den Montagvormittagsstunden war dieser Austritt und der Austritt des bayerischen Handelsministers Hamm noch nicht offiziell erfolgt. Es dürfte aber sicher im Laufe des Montags zu erwarten sein. Sollte, was auch im Bereich der Möglichkeiten liegt, der Bayerische Bund der Haltung der Demokraten zuneigen, dann würden die Konsequenzen sein, dass der Landtag aufgelöst werden würde.

sowohl wollen die Franzosen heute erkennen, wie es in Deutschland wirklich aussieht. Sie urteilen nach dem freilich verwirrlichen Treiben, das in den Provinzstädten der Großstadt und in den Kurortstädten herrscht, in denen sich im- und ausländische Spekulanten und Summler breit machen, deren Ersparnisse verborgen sind. Alle Bevölkerer, die aus diesen Gassen der Neuerlichkeit an die Peripherie der Bevölkerungszentren hinaus gehen, leben etwas ganz anderes. Wenn Feierabend für die Arbeit ist, dann leben die Leute hinaus ins Freie, um ihr Süßes Brotland mit Kartoffeln und Gemüse zu pflegen, denn die Preise der Lebensmittel sind hoch. Und dasselbe schaut man oft recht in den Mitteln und Kleinstädten. Und noch mehr. Als neulich durch den Sturm hoher Windböen in den Harten und Lüdgen hervorgerufen war, mündeten sich zahlreiche Frauen ab, auf ihrem Rücken diese Lasten von Holzmaterial nach Hause zu bringen. Das war deutliches Volksleben, das die Not der Zeit nach anstellen Boden verursacht wurden. Überhaupt

Die Unmengen von Papiergele, die verausgabt werden, stellen keinen Beweis von verantwortenswertem Tun und Treiben der Bevölkerung, sondern von der teuren Lebenshaltung der 60 Millionen Deutschen dar. Wenn junge Leute in der überstürzenden Bewegung der Jugend das Geld leicht ausgeben, so ist das gewiss zu verurteilen, aber das hat seine Zeit und hört wieder auf, sobald die Gewissheit wegen der umsichtigen Zukunft sich einstellt. Das Volk vergedenkt im allgemeinen nichts. Überall kann man es in Deutschland hören: „Sieben weniger Geld, aber billigeres Leben, wie früher!“ Und in ihren Beziehungen ihres Tauschens von Prinzipien und Ideen denkt keiner mehr, wo das alles heraus wolle. Wenn die Entente mit ihren Forderungen mir das Portemonnaie trafe, wäre das nicht das erste. Aber alles muss seine Grenzen haben. Was jetzt verlangt wird, das geht nicht nur an den Geldbeutel, sondern an die Körperlichkeit und geistige Kraft, die schließlich zerstört werden müssen; denn wir sehen kein Ende. Die Waffe zu machen.

Papiergele wird uns zum Vorwurf gemacht. Kein Deutscher ist in dieses Papiergele verliebt, von dem er heute nicht weiß, was es morgen wert ist. Aber wer zögert zu der Geldfabrikation? Der Vertrag von Versailles, der von uns Unmengen fordert, der das Geld verlangt, das Mittel betrachtet, dem Deutschen die Arbeitsfreude und damit die Kraft für die Tätigkeit mit Hand und Geist zu nehmen.

Die Stimmen, welche die endliche Regulierung der Reparationsfragen fordern, weil sonst unter ganzem Nationalvermögen draufgeht, haben Recht. Aber, wie gesagt, nicht allein um das Geld handelt es sich, sondern um Geist und Arbeit, um die Lebensfreude. Wir waren immer eine besonders Nation, und dieser Charakterzug soll uns integriert werden. Was wir jetzt schon 8 Jahre ertragen haben, das kann niemand für weitere Jahrzehnte aushalten. Die ältere Generation steht dahin, und die jüngere wird vor der Zeit alt. Es ist Kulturschicht, dieser Lage ein Ende. Wm.

feilern durften, die getrennt waren. Bis zum Tode. Das Denkmal sollte den Angehörigen der Gefallenen eine Stütze sein, an der sie, gleich wie am Grabe ihres niedergeliegenen ließen. Das Ehrenmal mahne jeden, der seiner anschwieg werde: Sei auch Du getrennt bis zum Tode, verzichte Deine Kraft im friedlichen Arbeit, im Dienste der Allgemeinheit, im Dienste der Gemeinde, des Staates. Dann übernahm Gemeindewohlstand. Sächer das Denkmal:

Und die Bananenlinien nahmen Beend. So fand daher mit der Inbetriebnahme der neuen Grenzüberschreitung Blauen-Berlin in den allerschönsten Tagen gedeckt werden.

Bermühstes

* Das Verschwinden des Staates Montenegro ist nunmehr offiziell bestätigt. Seit Beendigung des Krieges hat bekanntlich der serbische Staat auch die Herrschaft über Montenegro an sich gerissen, ohne daß diese Tatsache von den Mächten amtlich anerkannt wurde, wenn auch Einwände dagegen nicht erhoben worden sind. Die Reichskanzlerkonferenz hat sich nun mit einer Grenztafelerklärung Jugoslawiens und Albaniens zu beschäftigen und beschloß, daß die Grenzlinie auf der einen Seite den Namen Jugoslawien, auf der anderen Seite den Namen Albanien tragen. Damit ist nun auch das Verschwinden des Staates Montenegro zum erkennbar von den alliierten Mächten offiziell anerkannt worden.

Wittenberg. — Die Stadt Wittenberg soll nach einem kürzlich gesuchten Beschluss der Stadtordnungsverordnung künftig den Namen "Lutherstadt Wittenberg" tragen. Eine nähere Benennung ist ja unbedingt notwendig, da es drei Orte namens Wittenberg gibt, nämlich in Ostpreußen, Sachsen und Westpreußen. Von Seiten der Post wurde darum zur Unterscheidung der Lutherstadt entschieden: "Wittenberg" (West). Bei (d. h. Oberpostdirektionssitz) Halle; die Eisenbahnverwaltung wußte die Bezeichnung: "Wittenberg, Prov. Sachsen". Die Saal soll mit Fahnen in den Farben der Altenkirchen geschmückt gewesen sein. Bekannt wird, daß Gläubigerabschöpfungen aus Paris und Amsterdam verfehlten und daß Smeets in seiner Programmrede die Unterstützung der separatistischen Bewegung durch das Ausland gefordert habe. Im übrigen ist man vorläufig auf die Berichte Pariser Blätter angewiesen, die ja ihre Vertreter in die Versammlung entsandt hatten. Diese melden, daß die Delegierten 300 Greminden zu vertreten hätten. Smeets sei zum Präsidenten der eritretenen Republik gewählt worden. Er habe den "Leipzig. N. Rache." zufolge die Befreiung der Rheinlande vom preußischen Joch, Vertriebung aller preußischen Beamten und die Bildung einer gesetzgebenden Kommission im Abschluß an die Internationale Kommission und die Änderung der bestehenden Gesetzgebung u. a. gefordert. Als die Vorschläge wurden von seinen Anhängern einstimmig genehmigt. In der Versammlung nahmen 3 Mitglieder des französischen Komites für das linke Rheinufer und als Vertreter des belgischen Ministeriums des Außenministers Vézéry teil. Einer der Franzosen, de Valaque, verfasste eine Adress in deutscher Sprache, in der den Anhängern von Smeets die Unterstützung Frankreichs zugesagt wird. Die Partei: "Das Rheinland den Rheinländern". Die rheinische Republik der Zukunft wurde mit lebhaften Hurra begeistert.

* Sternschuppen. Während des letzten Deutags im Juli nimmt die am Meteorus sehr reiche Sternschuppenzeit ihren Anfang. Von nun an bis Ende des Jahres begegnen nämlich die Eide zahlreichen, in August und November relativ dichten, periodischen Sternschuppenhäufen. Am 20. Juli an treten bereits 7 große Schärme in Erachtung. In den Wochen vom 25. bis 29. Juli strahlen die Sternschuppen vornehmlich aus dem Sternbild Sagittarius, das sich im Weltall unter der Milchstraße erhebt.

* Zur dem Unglück auf der Jagd, dem höchsten Punkte der deutschen Landschaft, wird weiter berichtet, daß beide Gruppen Touristen — sowohl die Augsburger mit 3 Personen, als die Gesellschaft vom Montag mit 10 Mann — trotz der Unwetter der Witterung und trotz aller Warnung Erfahrener den Aufstieg unternommen hatten und zwar ohne Führer, ohne bergsteigerische Erfahrung und ohne alpine Ausrüstung, obgleich in den am Fuße der Jagdplatte gelegenen Orten Hartmanns, Hartenstein und Grainau ein gut organisiertes Führungsdienst mit zusammen nahe an 40 Führern besteht! Von den Augsburgern erreichte nur einer den Gipfel mit dem Münchener Haus, um dort Hilfe für seine zwei Kameraden zu suchen, deren einer so ergeben war, daß er beim Herannahen des Helfers, denen sich auch das weibliche Wirtschaftspersonal des Münchener Hauses angehören sollte, über eine Wand und in die Tiefe stürzte, wo er als Leiche liegen blieb. Die andere Gruppe, an der sich 10 Personen (darunter auch eine Frau) beteiligten, war noch vom Führer der zweieinhalb Stunden unter dem Gipfel gelegenen Wiener-Reutlinger Hütte dringend gewarnt worden, weiter zu gehen, weil der Wald bis zur Spitze von diesem Schneedeck und ein heftiger Sturm am Angrange war. Noch abends und nachts machten sich ein Führer und ein Träger zur Hilfeleistung auf den Weg, aber sie konnten nur wenigen Personen noch Rettung bringen.

Plauen. Ein Liebesdrama hat sich Sonntag nachmittag in einem Haus an der Oberen Burgstraße abgespielt. Durch Gasdruck aufmerksam geworden, öffnete man gewaltsam die Tür des Zimmer des 23 Jahre alten Friede Marie K. Wenn fand diese tot vor, zwischen ihr Bettstube, ein altholzerner Schrein, bewußtlos war, aber halb über zu sich kam und vorläufig nach dem Krankenhaus gebracht wurde. Die Todesursache des Weibes ist noch ungeklärt, die weitere Untersuchung muß erst ergeben, ob die Verbliebene einer Herzkrankung erlegen ist, oder ob äußere Einwirkungen vorliegen. Der Sarg des jungen Weibes war geöffnet. Da die Kriminalpolizei eine strafbare Handlung für nicht ausgeschlossen hat, wurde über den Schrein zunächst die Polizei verhängt.

Plauen. Die mehrfach von der Handelskammer Plauen bei den zuständigen Stellen über die Unzulänglichkeit des Rentenversicherungssystems zwischen Plauen und Wittenberg erhobenen Beschwerden sind von der Post als berechtigt anerkannt worden, so daß der Bau einer weiteren Fernleitung in Angriff genommen wurde. Nach einer neuendigen beim Telegraphenamt Plauen eingezogenen Erfundung

6. Kapitel.

Zwei Monate später wurde Gaston de Villiers telegraphisch nach Paris zurückgerufen, wo sein Vater unmittelbar nach der Heimfahrt aus einer Genesungskur einem Schlaganfall erlegen war. Der schlechte Gesundheitszustand, in dem der schwerkränkliche junge Mann nach die gelehrte Mutter atrau, veranlaßte ihn, sofort um seine Enthebung von dem Petersburger Posten und um seine Verwendung im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten nachzufragen. Den Sprößling einer der reichsten und angesehensten Familien des Landes glaubte man die Erfüllung eines folgenden Wunsches nicht versprechen zu dürfen, und so blieb der Marquis fortan in Paris.

Seine Freunde sandten ihm zu ihrem Erstaunen völlig verwundet, und die Trauer um den erlittenen Verlust sah ihn nicht ausreichend, die seltsame Veränderung in seinem Wesen zu erklären. Denn aus dem lebensfröhlichen jungen Mann war ein erklärter Feind aller geselligen Freuden geworden, und nunmehr in seinem Verhältnis mit dem anderen Geschlecht legte er eine heimliche feindselige Haltung an den Tag, die um so mehr bemerkte wurde, als es nicht von Bemühungen seines Teufels war, ihn in die feindliche Reise eines Vieleskommis zu verstricken. Seine Mutter selbst, die ihre Lebenskraft mehr und mehr dahinschlaffen sah, gab ihm deutlich zu verstehen, wie unglücklich sie erfreuta würde, vor ihrem Tode noch segnend die Hände auf das Haupt einer Schwiegertochter legen zu dürfen. Aber während Gaston sonst mit dem aufopferndsten Eifer alles tat, was er ihr nur von den Augen abnehmen konnte, ließ er doch gerade diesen schrecklichen Wunsch der Mutter unerfüllt.

Düster und verzerrt lebte Gaston eines Tages von einem Besuch bei dem Minister nach Hause zurück, und von diesem Augenblick an war es um seine mühsam erklungene Ruhe geschehen. Er war bei dem Minister einem seiner früheren Kollegen bei dem Postamt in St. Petersburg begegnet, und bei dem unausbleiblichen Austausch ihrer gemeinsamen Grümerungen war, ohne daß er noch sie gesagt hätte, auch Xenia's Name genannt worden.

"Erinnern Sie sich noch jener pittoresken dunklen Schönheit, Marquis," hatte der andere gefragt, "der Sie auf dem Balkon des Postchors gleich uns allen so eifrig den Hof machten — der kleinen Komtesse Saburova? Mit der hat es ein seitiges Ende genommen. Denken Sie nur! Der Graf war ein unverdrosselter Verschwender, und man erzählte sich die tollsten Geschichten von der Wirtschaft, die in seinem Schloß abgesetzt habe. Als

Schmarotzer von ganz Plauen" haben ihn, wie man sagt, jahrelang auf der Länge gelegen, und nachdem er sich eine gute Weile mit den schlimmsten Wucherern herumgeschlagen, ist dann eines Tages das ganze Kartenspiel kläglich zusammengebrochen. Graf Saburova wurde eines Morgens nach durchzechter Nacht tot in seinem Schlafzimmer gefunden. Man weiß nicht genau, ob er eines natürlichen Todes gestorben ist; so viel aber ist gewiß, daß ihm bei seinem Ableben nicht mehr ein Fußboden Landes und nicht mehr ein Stein seines Hauses gehörte. Die Gläubiger kamen in Schwärmen, um alles mit Beifall zu belegen, und ehe sich noch einer von ihnen ehemaligen Freunden zu dem Entschluß entschlossen hatte, etwas für die arme kleine Komtesse zu tun, war sie bereits spurlos verschwunden."

Gaston hatte Gaston so deutlich als in jenen schrecklichen Ereignissen um, denn die Komtesse stand in dem Auge, eine höchst exzentrische Person zu sein. Der eine wollte wissen, daß sie Alkohol geworden und nach der Schule gegangen sei, der zweite behauptete dies und der dritte jenes. Aber ich glaube, daß das alles nicht viel mehr als aus der Lust geprägte Vermutungen waren. Wahrscheinlich ist sie irgendwie und wo zu Grunde gegangen. Schade um sie, denn es hätte Rose in ihr, das wußten sie doch die günstigsten Rivalinnen aufgestellt.

Niemals hatte Gaston so deutlich als in jenen schrecklichen Minuten empfunden, wie tief die Liebe zu Xenia noch immer in seinem Herzen wurzelte und wie wenig die Zeit, die seit dem verhängnisvollen Abend ihres letzten Besuches vergangen war, an der Leidenschaftlichkeit seiner Empfindungen hatte ändern können. Wohl vertroute er sich wieder seiner Mutter noch einem anderen lebenden Wesen an, aber er sah insgeheim Himmel und Erde in Bewegung, um Gewalt über das Schicksal des unglaublichen Mädchen zu erlangen, und jede neue Enttäuschung, die ihm als die einzige Freude seiner Gemütsbewegungen zu teilt wurde, undmehrte sein Gemüth immer mehr.

Und als seine Gedanken dann für eine gewisse Zeit doch anders Richtung gewannen, da war es keine zum Brocken und Knallen habe. Aufsatz einer

Nach Redaktionsabschluß eingegangene Meldungen

Am Donnerstag neue Kabinettsitzung

Berlin, 26. 7. Das Reichskabinett wird erst wieder am Donnerstag Nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten, zu der Reichsverteidigungsminister Dr. Geßler zuvorderst vorsteht.

Einberufung des Überwachungsausschusses des Reichstages

Berlin, 27. 7. Der achte Reichstagsausschuß, der sogenannte Überwachungsausschuß, der den Reichstag während seiner Vertragung vertritt, wird am heutigen Mittwoch nachmittags vier Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten.

Neue Petroleumquellen

Lemberg, 27. 7. Aus Borislau wird gemeldet, daß dort eine neue Petroleumquelle entdeckt worden ist, die täglich 30 Ziternen Rohpetroleum liefert und die weiter 120 Kubikmeter Gas täglich ergibt. Dies bedeutet eine Erhöhung der Borislauer Petroleumförderung um etwa 20 Prozent.

Hochverrat im Rheinland

Kassel, 26. 7. Die gestern nachmittag hier im Gesellschaftshaus abgehaltene Delegiertenversammlung der rheinischen Republikanischen Volkspartei verließ nach einer Rede des Vorsitzenden der Partei, dem Oberpostdirektor Hesse, die Versammlung.

München, 27. 7. Der 27. 7. ist der 10. Jahrestag der Revolution von 1918. Es wird eine Feierlichkeiten in München, Berlin und anderen Städten stattfinden.

1921 und 1922 zurückkehren. Der Vizepräsident des Reichstages wird dabei von ein Polizeiausschuss verantwortet. Mit der Zeit läßt sich ihm noch eine Reihe von Angestellten und Beamten zu. Mehrere Mitglieder und Mitarbeiter verließen schon vor längerer Zeit den Postdienst. Auch Bersten schied bereits im Frühjahr freiwillig aus. Beamtete sind jetzt sechzehn, über 20 wurden aus dem Dienst entlassen. Gegen alle wurde das Strafverfahren eingeleitet. Unter ihnen befindet sich auch ein ehemaliger Wilmersdorfer Stadtverordneter, ein Postbeamter, der 22 Jahre im Dienst gewesen ist.

Die Lage in Bayern

Die Erklärung des Grafen Berchenhöfer

München, 27. 7. Wel stark befürchtet Hans und überfüllten Tribünen, gab in Anwesenheit des Gesamtministeriums Ministerpräsident Graf Berchenhöfer im bayrischen Landtag die am längst mögliche Erklärung ab. Der Ministerpräsident warnte die Sozialdemokraten davor, die Zeitungen aufzurufen und bemerkte, daß die Partei Bayern im Reich und Bayern für das Reich nach wie vor geltet. Der Ministerpräsident ersuchte möglichst um eine Entschuldigung des Hauses, ob es gewollt sei die Regierung zu unterstützen. Die Bayrische Volkspartei brachte sofort ein Vertrauensvotum ein.

Das Vertrauensvotum für die bayrische Regierung.

München, 26. 7. Mit den Stimmen der Bayrischen Volkspartei, der bayrischen Mittelpartei und des Bauernbundes, wurde in der gestrigen Sitzung des bayrischen Landtages, der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

Hunger und Preisetolper

München, 26. 7. Der erste Bezirksverein München hat eine Entschließung angenommen, die sich dagegen wendet, daß man sich in partizipativen politischen Fragen streitet, während das Volk langsam verhungert. Die Ernährungsverhältnisse verschlechtern sich immer mehr und mehr, und die Zahl der Hungerlosen fällt und die Sterblichkeit der Säuglinge nimmt ständig zu, ja selbst Fälle von Storbut treten auf. Der Münchener Stadtrat gegen die bayrische Regierung.

München, 26. 7. Die Mehrheit des Münchener Stadtrates nahm gestern gegen die Stimmen der Bayrischen Volkspartei und den Vertretern der Deutschen Volkspartei einen Dringlichkeitsantrag an, der die Stellungnahme der bayrischen Regierung verurteilt und ihre Zurücknahme verlangt, weil durch diese Stellungnahme ernste Gefahren politischer und wirtschaftlicher Art hervorgerufen werden, die die bayrische Volkskörper die Reichseinheit gefährden.

Rabbinerrat in Berlin

Berlin, 26. 7. Das Reichskabinett ist am Dienstag vormittag um 11 Uhr erneut zusammengetreten, um über die durch die bayrische Sonderverordnung geschaffene äußerst kritische innerpolitische Lage zu beraten. Die beiden beurlaubten Minister, Reichsinnenminister Dr. Röder und Reichsjustizminister Dr. Radbruch, sind angesichts der wichtigen Entscheidungen, die es zu fällen gilt, zurückberufen worden. Die Beratungen des Kabinetts zogen sich bis in den späten Nachmittag hinein.

Vorlesung im Wittenberger Postamt.

Berlin, 26. 7. Vor einiger Zeit wurde in Berlin-Wittenberg ein ungefährer Postbeamter enttarnt. Er hatte wiederholte Briefe mit Scheinen unterschlagen und die Papiere durch Bekannte zu Geld machen lassen. Die Kriminalpostdienststelle ging diesen Veruntreuungen weiter nach und deckte dabei auf dem Postamt Wittenberg planmäßige Diebstähle auf, die bis in die Jahre

vorher einstimmig genehmigt. In der Versammlung nahmen 3 Mitglieder des französischen Komites für das linke Rheinufer und als Vertreter des belgischen Ministeriums des Außenministers Vézéry teil. Einer der Franzosen, de Valaque, verfasste eine Adress in deutscher Sprache, in der den Anhängern von Smeets die Unterstützung Frankreichs zugesagt wird. Die Partei: "Das Rheinland den Rheinländern". Die rheinische Republik der Zukunft wurde mit lebhaften Hurra begeistert.

Der Münchener Stadtrat gegen die bayrische Regierung.

München, 26. 7. Die Mehrheit des Münchener Stadtrates nahm gestern gegen die Stimmen der Bayrischen Volkspartei und den Vertretern der Deutschen Volkspartei einen Dringlichkeitsantrag an, der die Stellungnahme der bayrischen Regierung verurteilt und ihre Zurücknahme verlangt, weil durch diese Stellungnahme ernste Gefahren politischer und wirtschaftlicher Art hervorgerufen werden, die die bayrische Volkskörper die Reichseinheit gefährden.

Die Erklärung des Grafen Berchenhöfer.

München, 26. 7. Der 27. 7. ist der 10. Jahrestag der Revolution von 1918. Es wird eine Feierlichkeiten in München, Berlin und anderen Städten stattfinden.

Der Münchener Stadtrat gegen die bayrische Regierung.

München, 26. 7. Die Mehrheit des Münchener Stadtrates nahm gestern gegen die Stimmen der Bayrischen Volkspartei und den Vertretern der Deutschen Volkspartei einen Dringlichkeitsantrag an, der die Stellungnahme der bayrischen Regierung verurteilt und ihre Zurücknahme verlangt, weil durch diese Stellungnahme ernste Gefahren politischer und wirtschaftlicher Art hervorgerufen werden, die die bayrische Volkskörper die Reichseinheit gefährden.

Die Erklärung des Grafen Berchenhöfer.

München, 26. 7. Der 27. 7. ist der 10. Jahrestag der Revolution von 1918. Es wird eine Feierlichkeiten in München, Berlin und anderen Städten stattfinden.

Der Münchener Stadtrat gegen die bayrische Regierung.

München, 26. 7. Die Mehrheit des Münchener Stadtrates nahm gestern gegen die Stimmen der Bayrischen Volkspartei und den Vertretern der Deutschen Volkspartei einen Dringlichkeitsantrag an, der die Stellungnahme der bayrischen Regierung verurteilt und ihre Zurücknahme verlangt, weil durch diese Stellungnahme ernste Gefahren politischer und wirtschaftlicher Art hervorgerufen werden, die die bayrische Volkskörper die Reichseinheit gefährden.

Die Erklärung des Grafen Berchenhöfer.

München, 26. 7. Der 27. 7. ist der 10. Jahrestag der Revolution von 1918. Es wird eine Feierlichkeiten in München, Berlin und anderen Städten stattfinden.

Der Münchener Stadtrat gegen die bayrische Regierung.

München, 26. 7. Die Mehrheit des Münchener Stadtrates nahm gestern gegen die Stimmen der Bayrischen Volkspartei und den Vertretern der Deutschen Volkspartei einen Dringlichkeitsantrag an, der die Stellungnahme der bayrischen Regierung verurteilt und ihre Zurücknahme verlangt, weil durch diese Stellungnahme ernste Gefahren politischer und wirtschaftlicher Art hervorgerufen werden, die die bayrische Volkskörper die Reichseinheit gefährden.

Die Erklärung des Grafen Berchenhöfer.

München, 26. 7. Der 27. 7. ist der 10. Jahrestag der Revolution von 1918. Es wird eine Feierlichkeiten in München, Berlin und anderen Städten stattfinden.

Der Münchener Stadtrat gegen die bayrische Regierung.

München, 26. 7. Die Mehrheit des Münchener Stadtrates nahm gestern gegen die Stimmen der Bayrischen Volkspartei und den Vertretern der Deutschen Volkspartei einen Dringlichkeitsantrag an, der die Stellungnahme der bayrischen Regierung verurteilt und ihre Zurücknahme verlangt, weil durch diese Stellungnahme ernste Gefahren politischer und wirtschaftlicher Art hervorgerufen werden, die die bayrische Volkskörper die Reichseinheit gefährden.

Die Erklärung des Grafen Berchenhöfer.

München, 26. 7. Der 27. 7. ist der 10. Jahrestag der Revolution von 1918. Es wird eine Feierlichkeiten in München, Berlin und anderen Städten stattfinden.

Der Münchener Stadtrat gegen die bayrische Regierung.

München, 26. 7. Die Mehrheit des Münchener Stadtrates nahm gestern gegen die Stimmen der Bayrischen Volkspartei und den Vertretern der Deutschen Volkspartei einen Dringlichkeitsantrag an, der die Stellungnahme der bayrischen Regierung verurte

